



Beitragsordnung
für den
Kammerbeitrag und Notfallsfonds
der Steiermärkischen Rechtsanwaltskammer
in der Fassung des Beschlusses der o. Plenarversammlung
vom 27. November 2012

Gültigkeitsbeginn: 1. Jänner 2013

A Pflichtbeiträge

- 1.) **Kammerbeitrag**
Der Kammerbeitrag für den Rechtsanwalt beträgt monatlich € 70,83 bzw. **€ 850,00**
jährlich.
Der Zuschlag für jeden beschäftigten Rechtsanwaltsanwärter
beträgt monatlich € 79,17 bzw. **€ 950,00**
jährlich.

Der Kammerbeitrag für den Rechtsanwaltsanwärter beträgt monatlich € 10,00 bzw. **€ 120,00**
jährlich, wobei dieser bei dem Rechtsanwalt einzuheben ist, bei dem der Rechts-
anwaltsanwärter in praktischer Verwendung steht.
- 2.) **Notfallsfonds**
Der Beitrag beträgt jährlich **€ 100,00**
- 3.) **Kollektivunfallversicherung**
Jedes Kammermitglied hat einen Beitrag zur Kollektivunfallversicherung der
Steiermärkischen Rechtsanwaltskammer in Höhe von **€ 45,00**
jährlich zu leisten, welcher zum 1. März eines jeden Jahres vorgeschrieben wird
und fällig ist.
- 4.) **Die Regelungen der Beitragsordnung zur Versorgungseinrichtung, Teil A, über die Zahlungsbedingungen (Fälligkeit, Säumnisfolgen, etc.) in der Plenarversammlung vom 30.11.2010 beschlossenen Fassung gelten analog auch für diese Beitragsordnung:**
Die Vorschriften erfolgen - wenn in der jeweiligen Beitragsordnung nicht ausdrücklich
anderes geregelt ist - quartalsmäßig und sind jedenfalls hinsichtlich der regelmäßig
anerlaufenden Beträge fällig jeweils am 15. Jänner, 15. April, 15. Juli, 15. Oktober eines jeden
Jahres.
Wird ein Betrag nicht spätestens 1 Monat nach Fälligkeit entrichtet, so ist der/die
Beitragspflichtige mit Ablauf dieses Tages verpflichtet, Verzugszinsen in der Höhe gem.
§ 352 UGB zu bezahlen. Wird ein Betrag nicht spätestens 3 Monate nach Fälligkeit entrichtet, so
wird ein einmaliger Säumniszuschlag in Höhe von 5 % des Rückstandes eingehoben.

Zahlungen von Kammermitgliedern, welche nicht spätestens bei Einzahlung eindeutig schriftlich gewidmet sind, können einbehalten werden und mit offenen, fälligen anderen Forderungen aus Beiträgen für die Versorgungseinrichtung, dem Kammerbeitrag, und dem Notfallsfonds verrechnet werden.

Verrechnungen haben vorerst auf den Beitrag zur Versorgungseinrichtung Teil A und B (aliquot nach Maßgabe des jeweiligen Rückstandes), sodann auf den Kammerbeitrag und letztlich auf den Notfallsfonds zu erfolgen. Wenn hinsichtlich einer Beitragsgattung mehrere Forderungen offen sind, so ist gem. § 1416 ABGB vorzugehen.

B Fakultativ-Beiträge

(falls in Anspruch genommen)

GROBSCHADENVERSICHERUNG

Der Grobschadenversicherung beigetretene und am 1. Jänner eines jeweiligen Jahres in die Liste der Rechtsanwälte eingetragene Kammermitglieder haben, unabhängig vom Zeitpunkt eines allfälligen Ausscheidens nach dem 1. Jänner, für das jeweils laufende Kalenderjahr den per 15. Jänner und 15. Juli des Jahres fällig werdenden Versicherungsbeitrag in Höhe von je **425,00** sohin insgesamt **€ 850,00** zu entrichten. Die Versicherungsperiode läuft jeweils vom 1. Jänner bis 31. Dezember eines jeden Jahres.

C Einmalige Gebühren

anlässlich der Eintragung in die Liste der steiermärkischen Rechtsanwälte

1.) Matrikelgebühr – Bundesverwaltungsabgabe: (laut BGBl II Nr. 128/2007 vom 15.06.2007)	€ 285,90
2.) Ausfertigungsgebühr für:	
a) Anwaltslegitimation	€ 10,00
b) Beglaubigungsurkunde gemäß § 31 Abs. 4 ZPO	€ 10,00
c) Legitimationsurkunden gem. § 15 RAO bzw. 31 ZPO und 45 a StPO	€ 10,00

Diese Beitragsordnung gilt ab 1. Jänner 2013.

Solange keine neue Beitragsordnung von der Plenarversammlung beschlossen wird, gelten die Bestimmungen dieser Beitragsordnung auch über den 31. Dezember 2013 hinaus für die Folgejahre.



Beitragsordnung zur Versorgungseinrichtung (Umlagenordnung)

der Steiermärkischen Rechtsanwaltskammer
in der Fassung des Beschlusses der o. Plenarversammlung
vom 27. November 2012

Gültigkeitsbeginn: 1. Jänner 2013

I. TEIL A: GRUNDPENSION

- 1.) Jeder gemäß § 1 Abs. 1 RAO in die Liste eingetragene Rechtsanwalt hat zur Aufbringung der Mittel für die Versorgungseinrichtung gemäß §§ 51, 53 RAO einen monatlichen Beitrag in Höhe von **€ 1.036,00** zu leisten (jährlicher Betrag € 12.432,00).
Auf diesen Betrag wird aus der Pauschalvergütung für Verfahrenshilfe ein monatlicher Betrag von **€ 296,00** angerechnet (jährlicher Betrag € 3.552,00).
- 2.) Jeder gemäß § 28 RAO in die Liste der Rechtsanwaltskammer eingetragene Rechtsanwaltsanwärter hat zur Aufbringung der Mittel für die Versorgungseinrichtung gemäß §§ 51, 53 RAO einen monatlichen Beitrag in Höhe von **€ 259,00** (jährlicher Betrag € 3.108,00) zu leisten, wobei dieser bei dem Rechtsanwalt einzuheben ist, bei dem der Rechtsanwaltsanwärter in praktischer Verwendung steht.
- 3.) Jeder im Sprengel der Rechtsanwaltskammer niedergelassene Europäische Rechtsanwalt hat einen monatlichen Beitrag für die Versorgungseinrichtung in Höhe von **€ 1.036,00** zu leisten (jährlicher Betrag € 12.432,00).
- 4.) Rechtsanwälte, die gemäß der Geschäftsordnung des Ausschusses der Steiermärkischen Rechtsanwaltskammer wegen Vorliegens der Voraussetzungen zur Inanspruchnahme der Altersrente von der Erbringung von Leistungen der Verfahrenshilfe befreit sind, haben keinen Beitrag zur Versorgungseinrichtung im Sinne der Punkte 1.) und 3.) zu leisten. Ein niedergelassener Europäischer Rechtsanwalt ist, sofern er die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Altersrente gemäß der Satzung erfüllt, die Altersrente aber nicht in Anspruch nimmt, von der Beitragsleistung gemäß Punkt 3.) mit Wirksamkeit zum auf die Antragstellung folgenden Monatsersten zu befreien.
- 5.) Für jeden gemäß § 4a der Satzung der Versorgungseinrichtung Teil A nachgekauften Beitragsmonat ist ein monatlicher Betrag in Höhe von **€ 1.056,00** (zuzüglich Zinsen wegen Ratenzahlung) zu entrichten.

- 6.) Die Vorschreibung des Beitrages zur Versorgungseinrichtung Teil A erfolgt quartalsmäßig und ist jeweils am 15. Jänner, 15. April, 15. Juli und am 15. Oktober eines jeden Jahres zur Zahlung fällig. Ab einem Zahlungsverzug von einem Monat sind für den weiteren Zeitraum der Säumigkeit Verzugszinsen in der Höhe gemäß § 352 UGB zu bezahlen. Wird ein Betrag nicht spätestens 3 Monate nach Fälligkeit entrichtet, so wird ein einmaliger Säumniszuschlag in Höhe von 5 % des Rückstandes eingehoben.
- 7.) Eine Ermäßigung oder ein gänzlicher Nachlass des Beitrages zur Versorgungseinrichtung Teil A ist ausgeschlossen. Eine Stundung dieses Beitrags kann für eine maximale Dauer von 6 Monaten gewährt werden. Im Falle der Stundung sind ab dem zweiten Monat ab Fälligkeit Stundungszinsen in Höhe von 2/3 der Verzugszinsen gemäß § 352 UGB zu entrichten.

II. TEIL B: ZUSATZPENSION

- 1.) Jeder Rechtsanwalt hat gemäß § 12 Abs. 1 der Satzung der Versorgungseinrichtung Teil B einen monatlichen Beitrag für die Zusatzpension in Höhe von **€ 290,00** zu leisten (jährlicher Beitrag: € 3.480,00).
- 2.) Abweichend zu Punkt 1.) werden folgende monatliche Beiträge zur Versorgungseinrichtung Teil B, beginnend ab Jänner 2011 wie folgt festgesetzt:

- Gemäß § 12 Abs. 4 lit. a mit	€ 58,00
- Gemäß § 12 Abs. 4 lit. b mit	€ 116,00
- Gemäß § 12 Abs. 4 lit. c mit	€ 174,00
sowie gemäß § 12 Abs. 5 mit	€ 58,00
- 3.) Die Vorschreibung der Beiträge gemäß 1.) und 2.) erfolgt quartalsmäßig und ist jeweils am 15. Februar, 15. Mai, 15. August, 15. November eines jeden Jahres zur Zahlung fällig.

III. GEMEINSAME BESTIMMUNGEN ZU DEN TEILEN A UND B:

- 1.) Zahlungen von Kammermitgliedern, welche nicht spätestens im Zeitpunkt der Einzahlung schriftlich gewidmet sind, können einbehalten und mit fälligen Forderungen aus sonstigen Beiträgen für die Versorgungseinrichtung, dem Kammerbeitrag und dem Notfallsfonds verrechnet werden. Verrechnungen haben zunächst auf Beitragsrückstände der Versorgungseinrichtung Teil A und B (aliquot nach Maßgabe des jeweiligen Rückstandes) danach auf den Kammerbeitrag und letztlich auf den Notfallsfonds zu erfolgen. Wenn hinsichtlich einer Beitragsgattung mehrere Forderungen offen sind, so ist gemäß § 1416 ABGB vorzugehen.
- 2.) Diese Umlagenordnung tritt mit 1. Jänner 2013 in Kraft. Die Bestimmungen dieser Umlagenordnung gelten so lange (auch für die Folgejahre) als ein abweichender Beschluss der Plenarversammlung der Steiermärkischen Rechtsanwaltskammer nicht gefasst wird.



**Leistungsordnung
der Versorgungseinrichtung**
der Steiermärkischen Rechtsanwaltskammer
in der Fassung des Beschlusses der o. Plenarversammlung
vom 27. November 2012

Gültigkeitsbeginn: 1. Jänner 2013

Die Leistungssummen für Anspruchsberechtigte nach Maßgabe der Bestimmungen der jeweils gültigen, von der Plenarversammlung beschlossenen Satzung der Versorgungseinrichtung werden ab 1. Jänner 2013 wie folgt festgesetzt:

**Ab 1. Jänner 2013 betragen die Versorgungsleistungen im Bereich der
Versorgungseinrichtung:**

Teil A

I.

Gemäß der Satzung der Versorgungseinrichtung Teil A vom 12. November 2003 in der derzeit geltenden Fassung:

- 1.) Die Basisaltersrente gem. Satzung der Versorgungseinrichtung Teil A beträgt monatlich brutto **€ 2.388,00.**
- 2.) Der den Witwen und Waisen jeweils zustehende Anteil an der unter 1. festgesetzten Basisaltersrente sowie die Berufsunfähigkeitsrente sind im Einzelfall nach den Bestimmungen der Satzung der Versorgungseinrichtung Teil A in der derzeit geltenden Fassung zu errechnen.

Die Summe aller Witwen- und Waisenrenten darf 100 % der Altersrente, im Falle des Bezuges einer vorzeitigen Altersrente durch den Verstorbenen, der vorzeitigen Altersrente und im Falle einer fiktiven Rentenberechnung nach § 10 Abs. 6 der Satzung der Versorgungseinrichtung Teil A, der gemäß dieser Bestimmung errechneten Basis für die Berechnung der Witwen- und Waisenrenten nicht überschreiten. Im Falle des Übersteigens dieser Grenze sind die jeweiligen Witwen- und Waisenrenten im Umfange des übersteigenden Betrages anteilig, und zwar im Verhältnis, in dem die Renten zustehen, zu kürzen. Im Falle des Vorliegens unterschiedlicher Basisbeträge für die Berechnung von Witwen- und Waisenrenten ist der höchste Basisbetrag für die Berechnung der 100%-igen Grenze heranzuziehen.

II.

Für Rechtsanwälte sowie deren Witwen und Waisen, für die aufgrund der Satzung der Versorgungseinrichtung Teil A in der Fassung des Beschlusses der Plenarversammlung vom 12. November 2003 die Bestimmungen der bis zum 31. Dezember 2003 gültigen Satzung Anwendung finden, betragen:

1.) Alters- und Berufsunfähigkeitspension monatlich brutto € **2.388,00**

2.) Die Pension für den hinterbliebenen Ehegatten monatlich brutto € **1.432,80**

Die Summe der Witwenrenten darf 60 % des Rentenanspruches des Verstorbenen nicht übersteigen. Im Falle des Übersteigens dieser Grenze sind die jeweiligen Witwenrenten im Umfang des übersteigenden Betrages anteilig und zwar in einem Verhältnis in dem die Witwenrenten zueinander stehen zu kürzen.

3.) Die Halb- oder Vollwaisenpensionen monatlich brutto € **955,20**

III.

Gemeinsame Bestimmungen:

1.) Die Renten/Pensionsbezieher erhalten jeweils Ende Juni sowie Ende November je eine weitere Pension in der Höhe des monatlichen Bezuges.

2.) Alle Renten/Pensionen sind monatlich im vorhinein und zwar spätestens am Letzten des Vormonates für das Folgemonat zur Auszahlung zu bringen.

3.) Der volle Todfallsbeitrag nach § 11 der Satzung der Versorgungseinrichtung der Steiermärkischen Rechtsanwaltskammer beträgt € **7.268,00.**

4.) Solange keine neue Leistungsordnung von der Plenarversammlung beschlossen wird, gelten die Bestimmungen dieser Leistungsordnung.

5.) Diese Leistungsordnung tritt mit 1. Jänner 2013 in Kraft.

Teil B

Die Leistungen für Anspruchsberechtigte nach Maßgabe der jeweils gültigen, von der Plenarversammlung beschlossenen Satzung der Versorgungseinrichtung, Teil B, errechnen sich wie folgt:

1.) Die Altersrente ergibt sich aus den auf dem Konto des/der Rechtsanwaltes/Rechtsanwältin zum Zeitpunkt der Inanspruchnahme gutgeschriebenen Beiträgen und erzielten Veranlagungsüberschüssen.

2.) Die Berufsunfähigkeitsrente errechnet sich grundsätzlich nach den auf dem Konto des/der Rechtsanwaltes/Rechtsanwältin zum Zeitpunkt der Inanspruchnahme gutgeschriebenen Beiträgen und erzielten Veranlagungsüberschüssen (vgl. § 4 der Satzung, Teil B).
Je nach Eintrittsalter in die Zusatzpension wird jedoch folgende Mindestrente im Falle der Berufsunfähigkeit festgelegt:

Eintrittsalter/Lebensjahr	Mindestrente/Jahr
30	€ 8.720,74
31	€ 8.430,05
32	€ 8.139,36
33	€ 7.848,67
34	€ 7.557,97
35	€ 7.267,28
36	€ 6.976,59
37	€ 6.685,90
38	€ 6.395,21
39	€ 6.104,52
40	€ 5.813,83
41	€ 5.523,14
42	€ 5.232,44
43	€ 4.941,75
44	€ 4.651,06
45	€ 4.360,37
46	€ 4.069,68
47	€ 3.778,99
48	€ 3.488,30
49	€ 3.197,60
50	€ 2.906,91
51	€ 2.616,22
52	€ 2.325,53
53	€ 2.034,84
54	€ 1.744,15
55	€ 1.453,46
56	€ 1.162,77
57	€ 872,07
58	€ 581,38
59	€ 290,69

- 3.) Die Witwen/Witwerrente beträgt 60 % der Rente des/der Rechtsanwaltes/Rechtsanwältin, die dieser/diese zum Zeitpunkt seines/ihrer Ablebens bezogen hat oder als Aktiver/Aktive im Falle der Berufsunfähigkeit bezogen hätte (vgl. §§ 3, 4, 5 der Satzung, Teil B).
Die Mindestwitwen-/Witwerrente nach aktivem/aktiver Rechtsanwalt/Rechtsanwältin beträgt 60 % der Mindestberufsunfähigkeitsrente (in Abhängigkeit vom Eintrittsalter des/der Rechtsanwaltes/Rechtsanwältin), das sind

Eintrittsalter/Lebensjahr	Mindestrente/Jahr
30	€ 5.232,44
31	€ 5.058,03
32	€ 4.883,61
33	€ 4.709,20
34	€ 4.534,78
35	€ 4.360,37
36	€ 4.185,96
37	€ 4.011,54
38	€ 3.837,13
39	€ 3.662,71
40	€ 3.488,30
41	€ 3.313,88
42	€ 3.139,47
43	€ 2.965,05
44	€ 2.790,64
45	€ 2.616,22
46	€ 2.441,81
47	€ 2.267,39
48	€ 2.092,98

49	€	1.918,56
50	€	1.744,15
51	€	1.569,73
52	€	1.395,32
53	€	1.220,90
54	€	1.046,49
55	€	872,07
56	€	697,66
57	€	523,24
58	€	348,83
59	€	174,41

- 4.) Die Waisenrente beträgt für Halbweisen 10 %, für Vollweisen 20 % der bezogenen Rente, im Falle des Todes eines/einer Aktiven für Halbweisen 10 %, für Vollweisen 20 % der fiktiven Berufsunfähigkeitsrente.
- 5.) Das Sterbegeld beträgt 40 % der auf den Konten des/der Rechtsanwaltes/Rechtsanwältin verbuchten Beiträge und erzielten Veranlagungsüberschüsse, mindestens das 10fache der jährlichen Mindestwitwen-/Witwerrente (gemäß § 6 der Satzung, Teil B).
- 6.) Die Teilabfindung bei Antritt einer Altersrente beträgt höchstens 50 % der auf dem Konto des/der Rechtsanwaltes/Rechtsanwältin verbuchten Beiträge und Veranlagungsüberschüsse (gemäß § 7 der Satzung, Teil B).
- 7.) Für den Fall, dass ein Rechtsanwalt vor dem Inkrafttreten der Änderung der Satzung der Versorgungseinrichtung Teil B gem. Plenarversammlungsbeschluss vom 10. Mai 2001 einen Antrag auf Ermäßigung oder Befreiung des Beitrages zur Versorgungseinrichtung Teil B gestellt hat, ist dieser berechtigt, binnen 3 Monaten nach Inkrafttreten der Satzungsänderung einen Antrag auf Aufzahlung auf den Jahresbeitrag zu stellen, der für das/die Jahr/e, für welche/s Ermäßigung bzw. Befreiung beantragt bzw. beantragt und bewilligt wurde, ohne Befreiung bzw. Ermäßigung zu leisten gewesen wäre. Die Zahlung aller aufzuzahlenden Beträge ist bis spätestens 31. Dezember 2002 bei sonstigem Verlust des Rechtes auf Aufzahlung zu leisten.

Die Renten werden in 14 gleichen Teilbeträgen zu den Zahlungsterminen der Renten gemäß Teil A der Satzung ausgezahlt.

Solange keine neue Leistungsordnung (Teil A und Teil B der Satzung) von der Plenarversammlung beschlossen ist, gelten die Bestimmungen dieser Leistungsordnung auch für die Folgejahre.

Mit der Vollziehung dieser Leistungsordnung ist der Ausschuss der Steiermärkischen Rechtsanwaltskammer betraut.